

Presse-Briefing anlässlich der Nominierung Thierry Bretons als EU-Kommissar für den Binnenmarkt



Köln, 13. November 2019

LobbyControl zeigt sich besorgt über die Nominierung Thierry Bretons als Kommissar für das Ressort Binnenmarkt. Es bestehen große Überschneidungen zwischen seinem vorgesehenen künftigen Verantwortungsbereich und seiner Position als CEO von Atos SE. Der französische Technologie-Konzern betreibt rege Lobbyarbeit auf EU-Ebene und profitiert zugleich maßgeblich von EU-Subventionen in Bereichen wie Cybersicherheit, Grenzkontrolle, Innovation, Big Data und künstliche Intelligenz.

Sollte Herr Breton bestätigt werden, würde er direkt von der Rolle des Regulierten in des Regulierenden wechseln. Wir fordern die Abgeordneten der zuständigen Ausschüsse dazu auf, den designierten Kommissar sorgfältig auf Interessenkonflikte zu überprüfen. Dies würde unserer Auffassung nach zu seiner vollständigen Ablehnung oder zur Auflage strenger Konditionen führen, um die gegebenen Risiken zu minimieren.

Atos Interessenlage an der EU-Gesetzgebung:

- [Atos](#) ist ein multinational agierendes Unternehmen, das auf Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie spezialisiert und in zahlreichen Sektoren tätig ist. Diese reichen von Cybersicherheit, Unternehmensberatung und Telekommunikation über Finanzdienstleistungen bis hin zu Gesundheitsvorsorge. Auch die Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigungs- und Sicherheitsfragen sind Teil des Portfolios.
- Allein im Jahr 2018 erhielt der Konzern annähernd 107 Mio. Euro Finanzmittel von der EU-Kommission und ihren Behörden¹. Diese Förderung umfasst etwa Projekte zu 5G-Netzwerken, künstlicher Intelligenz, Cybersicherheit, Big Data, Hochleistungsrechnern und Finanzsicherheit.
- Allein aus dem „Horizon2020“-Forschungsfonds bezog Atos seit 2014 67 Mio. Euro. Diese wurden vor allem in zwei Bereichen investiert: Erstens in große Technologie-Projekte (z.B. 5G und Big Data), zweitens in Sicherheit, einschließlich Cybersicherheit und Grenzkontrolle.
- Atos war darüber hinaus einer der Hauptempfänger von EU-Geldern der „Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ (EU-LISA). Ziel hierbei ist, IT-Systeme zu [entwickeln](#), die Menschen an den Außengrenzen der EU erfassen, kontrollieren und überwachen.
- Gemäß dem [Mission letter](#) von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen würde Herr Breton die Zuständigkeit in genau diesen Bereiche übertragen, vor allem für:
 - “investing in the next frontier of technologies, such as blockchain, high-performance computing, algorithms, and data-sharing and data-usage tools.”
 - “It also means jointly defining standards for 5G networks and new-generation technologies.”
 - “lead the work on a coordinated European approach on **artificial intelligence** and on the new **Digital Services Act**.”
 - “building a real **single market for cybersecurity**”

¹ Die Daten wurden dem European Commission's Financial Transparency System am 24. Oktober 2019 entnommen.

Atos EU-Lobbyaktivitäten

- Atos ist ein reger EU-Lobbyakteur. Seit November 2014 registrierten hochrangige Kommissionsbeamte 24 Lobby-[Treffen](#) mit Atos, vor allem zu den Themen digitale Ökonomie, Industriestrategie und Cybersicherheit.
- Atos EU-Transparenzregister-Eintrag enthält unserer Ansicht nach Fehldarstellungen. So gab das Unternehmen für das Jahr 2018 an, [weniger als 49.999 Euro](#) für Lobbying in der EU auszugeben. Dieser Betrag deckt indes nicht einmal die Löhne für die 2,5 Vollzeit Lobbyisten ab, die das Unternehmen auflistet, ganz zu schweigen von den drei Lobbyfirmen, die es beschäftigt, um seine Interessen in der EU zu vertreten: [MSL Brussels](#) (50.000 Euro bezahlt), Schuman Associates (9.999 Euro bezahlt) und [Gplus](#) (bis zu 9.999 Euro).
- Zudem ist Atos zahlendes Mitglied der [European Organisation for Security](#) (EOS), die überaus erfolgreich die EU-Politik im Bereich von Sicherheit und Grenzmanagement mitgestaltet hat. Dem [Transnational Institute](#) zufolge hat EOS „gained influence to the point that their proposals are sometimes adopted almost wholesale by E.U. bodies.“, insbesondere bezüglich erhöhter EU-Investitionen in [Sicherheitsprojekte](#).
- Atos Eintrag im Transparenzregister der EU unterschlägt die erheblichen Mittel, die das Unternehmen von der EU erhält.
- Thierry Breton selbst hat bei der Kommission und den Mitgliedstaaten Lobbyarbeit für Atos betrieben. Öffentlich zugängliche Informationen belegen, dass Herr Breton in dieser Funktion zwei Lobby-Treffen mit Präsident Juncker hatte. Je ein weiteres führte er mit dem Vizepräsidenten und Kommissar für den digitalen Binnenmarkt [Andrus Ansip](#) und mit der Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft [Marija Gabriel](#).
- Französische Medien [zufolge](#) kennt Herr Breton die designierte Präsidentin Ursula von der Leyen aus ihrer Zeit als Verteidigungsministerin und warb bei ihr um die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds ein. Laut dem [Mission letter](#) würde er auch folgende Aufgaben wahrnehmen:
 - “the implementation and oversight of the European Defence Fund“;
 - and “focus on improving the crucial link between space and defence and security.“

Unlösbarer Interessenskonflikt:

Wenn das Europäische Parlament der Nominierung zustimmt, würde Herr Breton ein riesiges Ressort übernehmen, das die Bereiche Digitalpolitik, Verteidigung, Weltraum und den Binnenmarkt umfasst. Atos ist in all diesen Bereichen aktiv, empfing hier EU-Gelder oder trat als Lobby-Akteur in Erscheinung. Diese Überschneidung schafft ein Gewirr an potentiellen Interessenskonflikten, das nicht oder nur schwer zu lösen sein wird.

Gemäß den [Verhaltensregeln für Kommissare](#) besteht ein Interessenskonflikt dann, „wenn ein persönliches Interesse die unabhängige Wahrnehmung ihrer Aufgaben beeinflussen kann“. Entsprechend müssten die „Kommissionsmitglieder jede Situation [vermeiden], die zu einem Interessenskonflikt führen kann oder die bei vernünftiger Betrachtung als eine solche Situation wahrgenommen werden kann.“ Im Falle eines solchen Konflikts sind die Kommissare dazu angehalten, „sich von jeder Entscheidung oder Anordnung in Bezug auf ein Dossier und von jeder Teilnahme an einer Diskussion, Aussprache oder Abstimmung“ im Zusammenhang mit dem gegebenen Sachverhalt zurückzuziehen.

Angesichts der großen Überschneidung des Portfolios mit den Interessen von Atos ist es wahrscheinlich, dass Herr Breton sehr oft von seiner Arbeit zurückziehen und diese an seine Kollegen weitergeben müsste. Im Ergebnis wäre er außerstande, das ihm zugeteilte Amt adäquat auszuüben.

Weiterhin ist anzunehmen, dass frühere KollegInnen von Herrn Breton und/oder deren Lobbyisten versuchen werden, den designierten Kommissar, sein Kabinett und seine Abteilungen zu beeinflussen.

Seine Verbindungen zur Wirtschaft würden die Unabhängigkeit der Europäischen Kommission angreifbar machen für Kritik und Ansprüche externer Akteure. Diese könnten Entscheidungen der Kommission aufgrund der Vergangenheit von Herrn Breton als Chef von Atos als unfair oder verzerrt wahrnehmen.

Wir begrüßen zwar, dass der designierte Kommissar seine Anteile an Atos und Worldline verkauft hat und von seinen Vorstandsposten bei Carrefour und der Bank of America zurückgetreten ist. Positiv zu bewerten ist auch, dass sich Herr Breton nach Beratungen mit der designierten Präsidentin dazu verpflichtet hat, „von sämtlichen vertraglichen und verwandten Entscheidungen der Finanzverwaltung zurückzutreten, die Atos oder eines seiner Subunternehmen betreffen“.

Aber diese Selbstverpflichtung reicht nicht aus. Der designierte Kommissar wäre weiterhin in der Lage, mit Atos in Kontakt zu treten, könnte von seinen ehemaligen Kollegen beeinflusst werden und sich an Diskussionen und Entscheidungen zu Atos oder zu konkurrierenden Unternehmen beteiligen.

Es gibt schlichtweg zu viele potentielle Risiken, um den designierten Kommissar Breton zu bestätigen. Diese Risiken könnten durch die Einführung einer Karenzzeit gemindert werden, die mindestens so lange vorhält wie die für scheidende KommissarInnen (derzeit zwei Jahre).

Ein Wechsel aber, wie er jetzt anvisiert wird – ohne Karenzzeit und ohne Verpflichtung dazu, Verbindungen und persönliche Beziehungen ruhen zu lassen – ist schlicht inakzeptabel. Um den genannten möglichen Konflikten Rechnung zu tragen, sollten die zuständigen Abgeordneten des Parlaments Thierry Bretons Nominierung verhindern.

Sollte das nicht möglich sein, müssen die MEPs wenigstens Maßnahmen einfordern, die die genannten Risiken minimieren. Das umfasst vor allem:

- Die Vorlage von Dokumenten, die den Verkauf relevanter Unternehmensanteile im Vorfeld der Nominierung belegen. Dabei ist auch sicherzustellen, dass diese Anteile ordnungsgemäß abgestoßen wurden und nicht einfach in den Besitz von Herrn Breton nahestehenden Personen wie etwa Familienangehörigen übergegangen sind.
- Die Verhängung einer Karenzzeit von mindestens zwei Jahren und Zuweisung eines anderen Ressorts, für das keine derart eklatanten Interessenkonflikte bestehen.
- Die Einrichtung von Garantien, die verhindern, dass Breton:
 - mit früheren KollegInnen, Lobbyisten und VertreterInnen von Atos und Subunternehmen interagiert.
 - an Diskussionen der Kommission teilnimmt oder Entscheidungen trifft, die Atos oder dessen Subunternehmen betreffen.